

Kyrill und seine Lehren

Abgeordnete setzen sich mit Vorfällen und Folgerungen auseinander

Der Orkan Kyrill und seine Folgen waren die Themen der Aktuellen Stunde im Plenum. CDU und FDP sowie die GRÜNE-Fraktion hatten unter unterschiedlichen Akzenten die Debatte beantragt, in die auch zwei Eilanträge der SPD einbezogen wurden. Die Koalition stellte die Bewährung des Katastrophenschutzes in den Vordergrund, während die Grünen Hilfen für betroffene Waldbesitzer und – wie die SPD, die zusätzlich den Klimaschutz thematisierte – einen Stopp der Forstreform verlangten. In einem waren sich die Fraktionen einig, im Dank an die vielen Helferinnen und Helfer, die die Großschadenslage zu bewältigen halfen.

Wolfgang Schmitz (CDU) erinnerte an die sechs Todesopfer, die der Orkan gefordert hat. Zwei Feuerwehrleute sind getötet, 44 Feuerwehrleute und ein Polizist verletzt worden. „Den Angehörigen und Hinterbliebenen der Opfer gehört unser ganzes Mitgefühl“, betonte Schmitz und dankte den 43.000 haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräften. Der Katastrophenschutz funktioniert im Lande, das habe sich erwiesen. Der Abgeordnete meinte, ohne die ehrenamtliche Hilfe gehe es in diesem Bereich nicht. Aber die Feuerwehren und die Hilfsorganisationen hätten große Nachwuchsprobleme: „Wir müssen überlegen, was wir dagegen tun können und wie wir der Feuerwehr helfen können.“

Horst Engel (FDP) sagte, das Sieger- und das Sauerland seien die am stärksten vom Sturm betroffene Region Europas. Schwierig sei, dass es bei den Rettungsdiensten, bei Feuerwehr und

Katastrophenschutz verschiedene gesetzliche Zuständigkeiten von Regierungspräsidenten, Kreisen und Kommunen nebeneinander gebe (Engels: „Durcheinander“). An der Verbesserung des Standards bei Vernetzung und Kommunikation müsse weiter gearbeitet werden. Bei einem Unglücksfall werde der Katastrophenschutz auf kommunaler Ebene organisiert. Rettungsdienst und Katastrophenschutz seien Sache der Kreise. Feuerschutz sei Angelegenheit der Kommunen, und die Einbindung der Polizei laufe eigenständig nebenher. Die Reibungsverluste sollten mit einer neuen Sicherheitsarchitektur beseitigt werden. Engel: „Das haben wir bereits an anderer Stelle thematisiert. Daran arbeiten wir.“

Dr. Karsten Rudolph (SPD) sprach ein Thema an, das den Einsatz der Helferinnen und Helfer bei Feuerwehr und Hilfsorganisationen berührt. Ihm sei zu Ohren gekommen, „dass es große

Probleme beim Vollzug der gesetzlichen Regelungen für Feuerwehrleute und andere Helfer im Ehrenamt gibt, weil zu viele Arbeitgeber in unserem Land ihre Mitarbeiter für ihre ehrenamtliche Tätigkeiten nicht oder nicht mehr freistellen“. Nach pausenlosen Tag- und Nachteinsätzen hätten viele am nächsten Tag wieder zur Arbeit erscheinen müssen und seien nicht auf das Verständnis des Arbeitgebers gestoßen, „das man eigentlich hätte erwarten dürfen“. Die Regierungspräsidenten hätten sich beim Orkan als „Bündelungsbehörden“ bewährt.

Monika Düker (GRÜNE) folgerte, der Katastrophenschutz habe funktioniert – nicht wegen, sondern trotz der Politik von CDU und FDP. „Die Landesregierung macht es dem Katastrophenschutz nicht leicht, sie sorgt für Ärger und Irritationen“, sagte sie und nannte als Beispiel die neue Arbeitszeitregelung bei der Feuerwehr.



Wolfgang Schmitz (CDU)

Horst Engel (FDP)

Dr. Karsten Rudolph (SPD)

Monika Düker (GRÜNE)

Innenminister
Dr. Ingo Wolf (FDP)

Die Landesregierung habe noch nicht zu sagen vermocht, wie die neue Arbeitszeitverordnung der EU bei der Feuerwehr umgesetzt werde und wie sie diese neue Ordnung vor Ort realisieren wolle.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) berichtete von über 40.000 Einsätzen von Feuerwehr und Katastrophenschutz; 43.000 haupt- und ehrenamtlich Kräfte seien dabei unterwegs gewesen. Ihnen allen spreche er seinen persönlichen und den Dank der Landesregierung aus. Auf den Straßen habe es nach Angaben der Straßenmeistereien Schäden an 300 Lichtzeichenanlagen und 10.000 Verkehrszeichen gegeben. „Die im Zusammenhang mit den Orkanshäden landesweit getroffenen Maßnahmen der Gefahrenabwehr waren lageangepasst, angemessen und erfolgreich“, sagte der Minister rückblickend. „Die Kommunikation zwischen den Leitstellen der Kreise und kreisfreien Städte, den Bezirksregierungen und dem Innenministerium funktionierte nahezu reibungslos.“ Anschließend gab der Innenminister einen Ausblick: „Zur Zeit arbeitet mein Haus an einer ressortübergreifenden landesweiten Gefährdungsanalyse. Einen ersten Entwurf dieser Gefährdungsanalyse hat das Kabinett am Dienstag beraten.“

Johannes Remmel (GRÜNE) sagte, man lebe in „verrückten“ Zeiten: heißester Juli im Jahr 2006, kältester August, wärmster Dezember. Das ordneten die Menschen zusammen mit dem Orkan in einen größeren Zusammenhang ein, „nämlich in den Klimawandel“. Es gehe nicht mehr darum, ob Klimaschutz und Klimawechsel stattfänden und ob Klimaschutz sich lohne: „Wir diskutieren nur noch über das Wie. Das ist der entscheidende Punkt der Wende dieser Debatte.“

Svenja Schulze (SPD) wollte von der Landesregierung wissen, was sie beim Klimaschutz zu tun gedenke. Seit der Regierungsübernahme sei viel zu wenig passiert: „In 582 Tagen haben Sie es nicht geschafft, wenigstens Grundideen und Leitlinien für Ihre Klimaschutzpolitik vorzule-

gen.“ Das seien 582 verlorene Tage. Bei einem Koalitionspartner wie der FDP, die von Menschen verursachte Effekte immer noch nicht wahrhaben wolle, sei das auch schwierig. Dabei könnte die Regierung einfach die Arbeit fort-schreiben, die Rot-Grün auf diesem Gebiet geleistet habe.

Monika Brunert-Jetter (CDU) erläuterte als Abgeordnete aus dem Sauer- und Siegerland die Schäden, die der Orkan im Wald ihrer Heimat verursacht habe: „Das ganze Landschaftsbild hat sich verändert und ist zu großen Teilen einfach verschwunden.“ Schätzungsweise seien 50.000 Hektar entwaldet worden. Nach der Katastrophe habe die Landesregierung umgehend ein Krisenmanagement eingesetzt. Ihr besonderer Dank gelte dem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbetriebs Wald und Holz. Deren persönlicher Einsatz werde auch durch die Forstreform nicht behindert, zeigte sie sich überzeugt.

Holger Ellerbrock (FDP) räumte ein, es gebe unterschiedliche Auffassungen über den menschlich bedingten Einfluss auf das Klima. In der Diskussion gehe es nicht nur um Kohlendioxid, es gebe auch andere Einflüsse. Darüber müsse man wissenschaftlich diskutieren. Orkantiefs seien im Winter nicht ungewöhnlich. Darum sehe er keinen Anlass, mit der „Angst der Menschen Politik zu machen“. Schon gar kein Zusammenhang bestehe zwischen Orkan und Forstreform, zumal der Revierförster als Ansprechpartner der Waldbesitzer in der Fläche vor Ort verbleibe. Ellerbrock: „Wir werden die Reform durchführen.“ Der Landsbetrieb habe professionell gehandelt. Es sei aber zu überlegen, ob der Landesbetrieb seine Holzvermarktung zugunsten der betroffenen Privatwaldbesitzer zurückführt. Da habe die öffentliche Hand eine Vorbild- und Schutzfunktion, fand der Abgeordnete.

Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) betonte, jetzt sei unbürokratische Hilfe erforderlich:

„Ich habe veranlasst, dass wir den Waldbesitzern, Arbeitskräften und Kunden unsere satellitengestützte elektronische Absicherung der Waldarbeit zur Verfügung stellen. Wir haben unverzüglich die Voraussetzungen geschaffen, um so schnell wie möglich die Wege frei zu räumen, die Flächen aufzuarbeiten und das Holz vor Beginn des Borkenkäfer-Flugs ins Lager zu bringen. Zu den Maßnahmen zählt die Möglichkeit, Holz auch am Sonntag und mit erhöhten Lasten abzufahren.“

In Arnsberg habe der Landesbetrieb Wald und Holz ein Zentrum für Information, Kommunikation und Logistik errichtet, eine Hotline gebe dort Auskunft zu allen Fragen der Bürger in Zusammenhang mit den Waldschäden. „In den Hauptschadensgebieten liegt oft das gesamte Vermögen der Forstbetriebe am Boden. Wir wollen daher mit steuerlichen Maßnahmen, mit entsprechenden Förderprogrammen und gegebenenfalls mit Landesbürgschaften den betroffenen Waldbesitzern auch finanziell unter die Arme greifen“, sagte Uhlenberg. „Die Waldbesitzer haben mir versichert, dass sie keine Almosen haben wollen. Dort allerdings, wo sie es ohne staatliche Hilfe nicht schaffen, steht die Landesregierung bereit. Und es gibt ja auch ein Glück im Unglück in dieser Katastrophe: Der Holzmarkt boomt.“ Der Minister empfahl, bei der Neuanpflanzung Baumarten zu wählen, die an Stürme angepasster seien als andere. Die Waldbau-Experten der Landesforstverwaltung würden hierzu Tipps geben.

Zu einem Stopp der geplanten Forstreform, wie er von Sprechern der Grünen und der SPD gefordert worden war, meinte Uhlenberg: „Wir werden die Forstreform umsetzen. Diese Reform ist richtig und notwendig und wird unsere Forstverwaltung noch leistungsfähiger machen. Wir werden Verwaltungskosten einsparen – selbstverständlich ziehen wir keine Leute aus dem Wald ab. Die Förster bleiben in ihren Revieren und in der Fläche vertreten. Weil das so ist und bleibt, hat der Waldbauernverband die Pläne der Landesregierung zur Forstreform unterstützt.“

Fotos: Schälte



Johannes Remmel (GRÜNE)

Svenja Schulze (SPD)

Monika Brunert-Jetter (CDU)

Holger Ellerbrock (FDP)

Umweltminister
Eckhard Uhlenberg (CDU)